
Europa in der Krise

Rezension von: Étienne Balibar, Europa: Krise und Ende? Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2016, 271 Seiten, broschiert, € 24,90; ISBN 978-3-896-91842-0.

Die Texte, aus denen dieses Buch besteht, sind zwischen Mai 2010 und Oktober 2015 verfasst worden. Sie sind ein Teil der Versuche und der Wortmeldungen, mit denen sich der Autor in dieser Zeit auf die existenzielle Krise bezogen hat, wie sie gegenwärtig der „Aufbau Europas“ durchmacht.

Im ersten Kapitel formuliert der Autor mehrere Thesen, die zum Verständnis der europäischen Krise von Bedeutung sind. So führt er aus, dass bei der Rettung der gemeinsamen Währung, deren erstes Opfer die Griechen geworden sind, die vorherrschenden (vor allem von Deutschland durchgedrückten) Bedingungen als erste Priorität die allgemeine Durchsetzung einer strengen Haushaltsführung und als zweite Priorität die Notwendigkeit einer – sehr gemäßigten – Regulierung der Spekulation und der Freiheit der Hedgefonds fordern. Neokeynesianische Wirtschaftswissenschaftler, so der Autor weiter, ergänzen diese Anforderungen dann noch durch die Forderung, Fortschritte in Richtung auf eine europäische Wirtschaftsregierung zu erzielen, insbesondere in Gestalt einer Vereinheitlichung der Steuerpolitik. Für den Autor handelt es sich hierbei ganz offensichtlich um durch und durch politische Aussagen. Sie stehen im Zusammenhang von Alternativen, welche die BürgerInnen diskutieren müssten, denn ihre Konsequenzen

sind jeweils für ihre Gesamtheit irreversibel.

Nun ist aber diese Debatte von vornherein verzerrt, weil in ihr drei wesentliche Voraussetzungen verheimlicht werden: 1) Die Verteidigung der Einheitswährung bringt dann entweder eine Unterwerfung der Wirtschafts- und Sozialpolitik unter die Allmacht der Finanzmärkte (mit ihren sich selbst erfüllenden Bewertungen und ihren vorgeblich irreversiblen Urteilssprüchen) mit sich oder aber einen Zuwachs der Fähigkeit der Staaten, ihre eigene Instabilität zu beschränken. 2) Unter dem Deckmantel einer relativen Harmonisierung der Institutionen und einer Garantie gewisser Grundrechte hat die Konstruktion Europas in ihrer gegenwärtigen Gestalt sich unaufhörlich dahingehend ausgewirkt, eine Auseinanderentwicklung der nationalen Volkswirtschaften voranzutreiben, welche sich doch theoretisch innerhalb einer Zone miteinander geteilten Wohlstandes einander annähern sollten. Damit geraten die Interessen der Nationen in Widerspruch zueinander. 3) Über die dritte Säule einer keynesianischen Politik zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Wirtschaft, welche zur Währungs- und Steuerpolitik noch hinzutritt – d. h. die Sozialpolitik, die Vollbeschäftigungspolitik und die Ausweitung der Nachfrage durch den erweiterten Konsum der Volksschichten – wird geradezu systematisch geschwiegen, selbst von entsprechenden Reformvertretern. Das ist ganz zweifellos Absicht.

Auch hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Globalisierung ist der Autor sehr pessimistisch. Wozu soll es gut sein, über die Zukunft Europas und seiner Währung nachzudenken, wenn man die realen Tendenzen außer Betracht lässt, wie sie von der Globalisie-

zung ausgehen? Für den Autor geht es hier zunächst um den Übergang von einer Form der Konkurrenz zu einer anderen: von einer Konkurrenz unterschiedlich produktiver Kapitalismen zu einer Konkurrenz zwischen nationalen Territorien, von denen jedes einzelne darum bemüht ist (vermittelt über Steuerbefreiungen und eine Absenkung des Wertes der Arbeit), mehr flüssige Kapitalien (z. B. für Investitionen) anzuziehen als seine Nachbarterritorien.

Nun ist es völlig offensichtlich, so der Autor weiter, dass die politische, soziale und kulturelle Zukunft Europas davon abhängen wird, ob es gelingt, einen Mechanismus der Solidarität und der kollektiven Verteidigung der europäischen Bevölkerungen gegen dieses systemische Risiko zu schaffen. Aber es geht eben auch noch sehr viel allgemeiner um die Art und Weise, wie die Globalisierung gegenwärtig im Begriff ist, weltweit die Arbeitsteilung und die Verteilung von Arbeitsplätzen umzuwälzen. Im Zuge dieser Restrukturierung kommt es nach Meinung Balibars zu einem erneuten Anwachsen der Ungleichheiten in Europa, einem Niederwalzen der Mittelklassen, einem Rückgang der qualifizierten Arbeitsplätze und der produktiven Tätigkeiten (sofern diese keinem besonderen Schutz unterliegen) sowie zu einer Schleifung der sozialen Rechte. Diese Entwicklung ist nach Ansicht des Autors gewissermaßen bereits von den Eliten fest eingeplant. Darüber hinaus ist für ihn klar, dass es keine europäische Integration von oben auf der Grundlage einer schlichten bürokratischen Anweisung geben kann, ohne dass es in jedem einzelnen Land und auf dem gesamten Kontinent zu Fortschritten in der Demokratie kommt.

Es liegt nicht in der Macht der Völker

Europas, so der Autor weiter, aus dem Prozess der Globalisierung herauszutreten. Bei der Globalisierung als einem totalen Phänomen, welches nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und kulturell ist, handelt es sich um einen irreversiblen Prozess, denn sie ist nicht allein eine bestimmte institutionelle Konstruktion, sondern stellt eine weitere Etappe in der Geschichte der Menschheit dar. Selbstverständlich ist es der Kapitalismus gewesen, welcher die bewegende Kraft dafür geliefert und auch die gegenwärtigen Hauptmerkmale bestimmt hat. Aber deren Auswirkungen reichen über die kapitalistischen Bedingungen als solche hinaus und setzen diese jedenfalls auch völlig unvorhersehbaren Rückwirkungen aus. Das bedeutet insbesondere, dass eine Abkoppelung oder auch eine Entglobalisierung ein wirrer und wahrscheinlich auch falscher Gedanke ist.

Auch ist zu erkennen, so der Autor, dass der gegenwärtige Aufbau Europas geradezu ein Instrument der erzwungenen Anpassung an diejenigen Merkmale der Globalisierung geworden ist, welche für die arbeitenden Menschen am allerzerstörerischsten wirken. Allerdings würde selbst unter diesen Umständen der Versuch eines Mitgliedstaates, auf der politischen oder ökonomischen Ebene aus dem EU-Zusammenhang auszusteigen, keines der Probleme lösen können. Denn ein derartiger Ausstieg würde nach Ansicht des Autors in keiner Weise zur Gewinnung von Autonomie im Verhältnis zur Globalisierung führen können, und zwar ganz unabhängig davon, ob dieser Versuch von oben initiiert wird (also durch staatliche Entscheidung) oder ob er von unten in Gang kommt. Es ist sehr viel wahr-

scheinlicher, dass ein derartiger Versuch in der Praxis für jede nationale Gesellschaft nur zu einer verschärften Abhängigkeit sowie zu einer Isolierung mit dramatischen Konsequenzen führen könnte.

Die Krise des Aufbaus Europas wird erst durch einen womöglich auch gewaltsamen Kampf (wie er doch in der Tat bereits begonnen hat) zu einer Lösung finden – wenn sie sich denn überhaupt auflösen lassen wird –, also einen Kampf, der sich nicht nur darauf beziehen wird, welche Entwicklungen wünschenswert wären, sondern in dem es auch darum gehen wird, wie überhaupt die Alternativen definiert werden können. Keineswegs wird man dabei unterschätzen dürfen, in welchem Umfang die Delegitimierung des „Projekts Europa“ zu sozialen und auch zu moralischen Zerstörungen führen kann. Auch haben die Eliten, welche in diesem Moment Europa regieren (und insbesondere diejenigen, welche am engsten mit der finanziellen Globalisierung verbunden sind) eben nicht wirklich einen Plan B bzw. ein neues Projekt für Europa im Hintergrund, welches sie vorschlagen könnten, um dasjenige zu ersetzen, das sich gegenwärtig in Auflösung befindet.

Die „Revolution von oben“, von der ein Teil der europäischen herrschenden Klasse – mitgerissen von Deutschland, aber von Brüssel und Frankfurt aus koordiniert – geträumt hatte, mit Zustimmung der „großen Koalition“, wie sie in Straßburg zum Ausdruck kommt und faktisch auch in den meisten Hauptstädten regiert, ist gegenwärtig dabei, zu scheitern bzw. ihr Wesen zu verändern. Denn die Vorkehrungen für einen „Kriegszustand“, so der Autor weiter, in welchen man gleichsam rücklings hineingerät, lassen sich nicht

auf dieselbe Weise treffen wie die Projekte einer Währungsregierung, wie sie in den letzten Jahren die Troika – mehr oder minder streng, je nach der Gelehrigkeit der betroffenen Völker und dem relativen Gewicht bzw. der strategischen Bedeutung ihrer Volkswirtschaften – durchgesetzt hatte. Die Durchsetzung des „Europas mit mehreren Geschwindigkeiten“, wie sie liberale Wirtschaftswissenschaftler sich vorgestellt hatten, in welcher Konstellation von Territorien auch immer, wird geradezu überrannt von der Rückkehr der Nationalismen, welcher sich die Eliten hatten bedienen wollen, die dann aber ihrer Kontrolle entglitten sind.

Aber wer könnte der Adressat einer solchen noch zu formulierenden Alternative sein? Die Kräfte, die der Autor im Blick hat, sind jene, die traditionell auf diesem Kontinent die Linke genannt werden. Nun ist aber auch diese nach Auffassung des Autors gegenwärtig politisch bankrott – auf der nationalen ebenso wie auf der internationalen Ebene. Sie hat jegliche Fähigkeit verloren, gesellschaftliche Kämpfe zu organisieren und hat sich mehrheitlich den Dogmen und den Überlegungen des Neoliberalismus angeschlossen. Ihre VertreterInnen sind nur noch bloße Zuschauer und agieren – da sie im Volk keinerlei Gehör mehr finden – als ohnmächtige KommentatorInnen einer Krise, auf welche sie selber keinerlei eigenständige kollektive Antwort mehr vorzuschlagen haben. Für den Autor kommt hier allein eine europäische Linke neuen Typs in Frage, welche aus der gesamten Breite der nötigen demokratischen Mobilisierungen und Erfindungen hervorgeht sowie aus dem Bewusstsein der Schwierigkeiten, welche diese Zerstörungen für unsere vom gegenwärtigen Kapitalismus brutalisier-

ten Gesellschaften darstellen. Nur eine solche Linke kann den Versuch machen, eine solche Alternative zu definieren und sich selbst damit zur Existenz verhelfen.

Einschränkend dazu führt der Autor aus: „Wir werden ... auch nichts vorschreiben können, aber es ist doch durchaus möglich, permanent über die vielfältigen politischen und auch kulturellen bzw. ideologischen Bedingungen dafür nachzudenken, dass Europa zu der Kraft einer globalen alternativen Gestaltung der Welt werden kann, deren seine EinwohnerInnen so dringend bedürfen“ (S. 237).

Mehr als jemals zuvor gilt heute die damals vom Autor formulierte These, dass Europa nur dann legitim, d. h. mit der Zustimmung seiner Völker existieren kann, wenn es zumindest ebenso demokratisch wird wie die Mitgliedstaaten, welche es bilden. Anders ausgedrückt: also nur dann, wenn seine Verfasstheit einen Fortschritt in der Geschichte der Prinzipien und der

Praktiken demokratischer Regierung darstellen. Was dann bedeutet, dass sie den bereits existierenden demokratischen Ebenen etwas hinzufügen muss und zugleich von sich aus neue Formen erfindet. Man darf dabei allerdings nicht die Augen davor verschließen, so der Autor weiter, wie beträchtlich die dafür bestehenden Hindernisse sind.

Das vorliegende Buch des französischen politischen Philosophen ist keine leichte Kost; eine Häufung von Schachtelsätzen macht es oftmals schwer, den Ausführungen des Autors zu folgen. Trotzdem sei dieses Buch all jenen dringend empfohlen, die eine eingehende Auseinandersetzung mit der Krisensituation in Europa vermissen. Dank gebührt auch dem Übersetzer Frieder Otto Wolf, der es mit seiner Arbeit erst ermöglicht hat, die verschiedenen Gedankengänge des Autors nachvollziehbar zu gestalten.

Josef Schmee